



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rathaus
An die
Medien

Dortmund

18.08.05

Pressemitteilung

Lernmittelfreiheit für ALG-II-EmpfängerInnen: Ankündigung der Ministerin für GRÜNE „nur ein erster Schritt“

Ein „erster Schritt in die richtige Richtung“ ist für die Ratsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN die Ankündigung von NRW-Schulministerin Sommer, eine Korrektur an der momentan geltenden Regelung bei der Lernmittelfreiheit für ALG-II-EmpfängerInnen vorzunehmen. Der Ankündigung müssten allerdings sowohl Taten als auch weitere Schritte folgen, so **Daniela Schneckenburger**, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Rat.

Bekanntlich müssen BezieherInnen von Arbeitslosengeld II den Eigenanteil bei den Schulbüchern für ihre Kinder selber tragen. Ausgenommen von den Zahlungen für das am Montag beginnende neue Schuljahr sind nur diejenigen, die vor dem Bezug von ALG-II Sozialhilfe erhalten haben.

Daniela Schneckenburger: „Die Zahlung des Eigenanteils stellt für die Betroffenen eine besondere Härte dar. Denn die Kosten für Lernmittel sind in der ALG-II-Pauschale nicht erhalten. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass viele Familien das Geld zur Anschaffung der notwendigen Schulbücher für ihre Kinder nicht oder nur mit großer Mühe aufbringen können.“

Der Rat hatte deshalb auf rot-GRÜNEN Antrag im Juni eine Resolution verabschiedet, in der das Land aufgefordert wird, eine Befreiung der Zuzahlung für alle ALG-II-EmpfängerInnen zu ermöglichen. „Wenn das Land das nun umsetzt, ist das ein erster Schritt in die richtige Richtung. Allerdings muss dabei das Prinzip der Konnexität strikt beachtet werden. Die zusätzlich entstehenden Kosten dürfen nicht auf die Städte abgewälzt werden.“



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

Damit genau dies nicht passiert, wollen die GRÜNEN deshalb noch einen Schritt weiter gehen. **Daniela Schneckenburger:** „Momentan ist im Gesetz festgelegt, dass Eltern höchstens 49 Prozent des gesetzlichen Durchschnittsbetrags für die jeweilige Schulstufe selber tragen müssen. Wir werden unserer Landtagsfraktion vorschlagen, zur Gewinnung von finanziellen Handlungsspielräumen und im Sinne einer sozial gerechten Verteilung von Lasten eine flexiblere und einkommensabhängige Staffelung von Elternbeiträgen zu ermöglichen, mit der die bisherigen 49 Prozent überschritten werden können. Damit wäre es dann auch möglich, geringere Beiträge von Schwellenhaushalten zu erheben.“

Da eine solche Regelung Gesetzesänderungen auf Landesebene nötig macht, werden die GRÜNEN ihre Landtagsfraktion auffordern, in diesem Sinne initiativ zu werden. Entsprechende neue Regelungen könnten allerdings erst ab dem Schuljahr 2006/2007 greifen. Die GRÜNE Ratsfraktion begrüßt deshalb ausdrücklich die Ankündigung der Verwaltung, denjenigen Betroffenen, die die benötigten Schulbücher für das am Montag beginnende neue Schuljahr nicht finanzieren können, unbürokratisch und pragmatisch zu helfen.